

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 843

Mittwoch, 10. Dezember 2025

32. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

<i>Fund von Skelettüberresten in Ixcán gibt Familien von Verschwundenen neue Hoffnung.....</i>	<i>1</i>
<i>Vor der Wahl des Rektorats: die Schliessung des Zentralen Campus der USAC besorgt viele.....</i>	<i>2</i>
<i>Wiederholen SEMILLA und RAÍCES das Drehbuch fragwürdiger Allianzen im Kongress?.....</i>	<i>4</i>
<i>CIDH weist auf anhaltende „strukturelle Herausforderungen“ im Bereich der Menschenrechte in Guatemala hin.....</i>	<i>6</i>
<i>Zum Tag der Menschenrechte: Ein Zitat von Monseñor Juan José Gerardi (1922-1998).....</i>	<i>6</i>

Fund von Skelettüberresten in Ixcán gibt Familien von Verschwundenen neue Hoffnung

Ixcán, 2. Dezember - In Ixcán, Quiché, einem Gebiet, das von jahrzehntelanger Gewalt geprägt ist, gibt es auch weiterhin Familien, die nach ihren während des internen bewaffneten Konflikts verschwundenen Angehörigen suchen. Für sie eröffnet jeder Fund auf Gemeindegrundstücken die Möglichkeit, die lang ersehnte Wahrheit über das Schicksal ihrer Angehörigen zu erfahren.

Als daher am 27. November die Fundstelle menschlicher Überreste an einem Ufer des Flusses Chixoy gemeldet wurde, begaben sich mehrere Personen an den Ort, in der schmerzhaften, aber anhaltenden Hoffnung, Antworten über das Schicksal ihrer Angehörigen zu erhalten. Der Fund erfolgte, als Arbeiter*innen Ausgrabungen durchführten, um die Fundamente für einen Neubau eines Freizeitzentrums zu gießen. Im sandigen Boden wurden Knochen gefunden, die zu einem Schienbein, einem Wadenbein und einem Teil eines Fußes gehören könnten, sowie Reste von Schuhen und einem Stück Stoff.

Die Gemeindebehörden und der Verantwortliche für das Gelände informierten sofort die Nationale Zivilpolizei (PNC) und die Staatsanwaltschaft (MP). Mit Unterstützung verschiedener Institutionen wurde ein forensisches Team angefordert, um mit der Exhumierung zu beginnen und sicherzustellen, dass das Verfahren mit der gebotenen Sorgfalt durchgeführt wurde.

Noé Gonzales, Eigentümer des Grundstücks, bekräftigte sein Engagement für die Ermittlungen und betonte, dass es in der Region noch immer Familien gebe, die nach ihren Vermissten suchten. Er verwies auf die grundlegende Bedeutung, aufzuklären, wie diese Überreste dorthin gelangt seien, und erinnerte daran, dass es sich um Personen handeln könnte, deren Spur während des 36 Jahre andauernden bewaffneten Konflikts in Guatemala verloren gegangen sei.

Mario Rax, eine Autorität der Gemeinde, brachte den Fall ebenfalls mit möglichen Verschleppungen in Verbindung. Er erinnerte daran, dass sich nur wenige Meter von diesem Ort entfernt das Militärgelände befindet, das von Überlebenden als ein Ort von Verhaftungen und Verschleppungen identifiziert wurde.

Forensische Exhumierung und Hoffnung auf Fortschritte

Nach Absprache mit der Staatsanwaltschaft begaben sich anthropologische Fachkräfte zum Ort des Geschehens. Die Stiftung für forensische Anthropologie Guatemalas (FAFG) traf am Samstag, dem 29. November, ein, um mit der Ausgrabung und Bergung der Überreste zu beginnen. Der Beginn der Exhumierung veranlasste mehrere Familien von Verschwundenen aus weit entfernten Gemeinden anzureisen, um dem Verfahren beizuwohnen und dem forensischen Team ihre Daten zu übergeben – in der Hoffnung, dass der Fund mit ihren Angehörigen in Verbindung stehen könnte.

Unter den ersten, die kamen, war Emeterio Toj Medrano, ein Bewohner der indigenen Gemeinde Primavera del Ixcán. Seit mehr als drei Jahrzehnten sucht er nach seinem Sohn Juan Carlos Toj Zacarías, der am 11. Oktober 1989 von der

guatemaltekischen Armee verwundet wurde. Er erklärte, dass er zu jeder möglichen Exhumierung komme, in der Hoffnung, ihn identifizieren zu können. Auch Rosario Cacao, eine Bewohnerin der Kreisstadt, kam, um nach ihrem Bruder Esteban Cacao zu suchen, der während des bewaffneten Konflikts verschwunden ist. Sie erklärte, dass ihre Mutter ihr Leben der Suche nach ihm gewidmet habe und dass sie nun aufgrund deren fortgeschrittenen Alters diese Mission fortsetze. Sie bekräftigte, dass sie ihn nur finden wolle, um ihrer Familie einen würdigen Abschied zu ermöglichen.

Das forensische Team bestätigte, dass die Knochen zwei menschlichen Leichen zuzuordnen sind. Nach der Ausgrabung werden die Überreste analysiert, um Alter, Geschlecht und Grösse zu bestimmen und DNA-Tests durchzuführen. Anschliessend werden genetische Vergleiche mit den Profilen der registrierten Familienangehörigen vorgenommen. Laut dem Anthropologen Alejandro Álvarez von der FAFG berichten mehrere Überlebende, dass dieses Gebiet während des bewaffneten Konflikts zur Überführung von Opfern genutzt wurde. Daher besteht die Möglichkeit, dass die Überreste von Personen stammen, die zu dieser Zeit verschwunden sind.

Ein verwundetes Land und die Suche nach Wahrheit

Für die Gemeinden des Landkreises Ixcán im Norden von Quiché ist jede Exhumierung ein Akt der Erinnerung und Würde. Es geht nicht nur darum, die menschlichen Überreste zu bergen, sondern auch darum, Geschichten wiederzugewinnen, die gewaltsam ausgelöscht wurden, und denjenigen, die ohne Gerechtigkeit verschwunden sind, ihre Menschlichkeit zurückzugeben.

Mario Rax betonte, dass die Überreste mit Respekt behandelt werden müssen. Seine Gemeinde werde nicht zulassen, dass sie mit Verachtung behandelt werden, und dass ihre Mitglieder notfalls in die Hauptstadt reisen würden, um sicherzustellen, dass der Prozess verantwortungsvoll durchgeführt werde.

Die Anwesenheit von Familienangehörigen unter der Sonne des Regenwalds von Ixcán, die die forensische Arbeit begleiten, bekräftigt, dass die Suche weitergeht. Obwohl Jahrzehnte vergangen sind, ist die Hoffnung nicht erloschen, und die Familien sind weiterhin davon überzeugt, dass sie eines Tages die wissenschaftliche Bestätigung erhalten werden, die es ihnen ermöglicht, ihre Trauer zu beenden.

In einem Gebiet, in dem der Fluss Chixoy [*hier ist wohl das Wasserkraftwerk Chixoy, dessen Bau mit vielen Menschenrechtsverletzungen einherging, gemeint, d. Red.*] und die Nähe zu militärischen Einrichtungen schmerzhaft Erinnerungen wachrufen, werfen diese Funde erneut historische Fragen über die Verantwortung des Staates und über die Opfer auf, die nie registriert wurden.

Die Arbeit der FAFG schreitet Schritt für Schritt voran. Die Identifizierung hängt nun von der wissenschaftlichen Analyse und der institutionellen Umsetzung ab, um den Fall endgültig abzuschliessen. Für diejenigen, die ein Leben lang gewartet haben, ist das Auffinden eines vermissten Familienmitglieds mehr als Gerechtigkeit. Es ist die Wiedererlangung eines Fragments der Wahrheit, eines Teils der eigenen Geschichte, einer Würde, die niemals hätte genommen werden dürfen. (Prensa Comunitaria)

Vor der Wahl des Rektorats: die Schliessung des Zentralen Campus der USAC besorgt viele

Guatemala, 3. Dezember - Der Zentrale Campus der Universität San Carlos (USAC) bleibt im Dezember 2025 unter dem Vorwand von Wartungsarbeiten und Baumassnahmen geschlossen, obwohl die Verträge für diese grösstenteils noch gar nicht vergeben wurden.

Universitätsorganisationen haben deshalb ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, dass die Aussetzung der Präsenzveranstaltungen bis ins erste Halbjahr 2026 hinein andauern könnte und damit den Auftakt zu einer neuen, umstrittenen Wahl des Rektorats bildet, die gleichzeitig Einfluss auf die Neubesetzung der Leitungsgremien von vier Institutionen hat, an denen die USAC beteiligt ist.

Seit einigen Monaten berichten Studierendenorganisationen über die Absicht von Walter Mazariegos, den zentralen Campus zu schliessen. „Mazariegos hat einen administrativen Weg gefunden, um die Übernahme des Zentralen Campus durchzusetzen“, erklärte ein Mitglied des Rats der Universitätsverwaltung (CSU), das unter der Bedingung der Anonymität mit Prensa Comunitaria sprach.

Der Antrag auf Schliessung ist in einem Bericht der Abteilung für allgemeine Dienstleistungen enthalten, der von Luis Pedro Ortiz, dem Direktor der Generaldirektion für Verwaltung (DIGA), unterzeichnet wurde und in dem gefordert wird, dass die Ferienakademie im Dezember virtuell durchgeführt werden solle, da verschiedene Instandhaltungs- und Bauprojekte durchgeführt werden würden. Der Antrag wurde demnach im vergangenen November vom CSU, der von Walter Mazariegos kontrolliert wird, angenommen.

Einige Hochschulkreise kritisieren, dass die Entscheidung nicht auf einer technischen Notwendigkeit beruhe, sondern auf einer politischen Strategie, um die Hochschulgemeinschaft in einem kritischen Jahr, in dem die Nachfolge von Mazariegos im Rektorat geklärt wird, zu demobilisieren. Das Dokument, das die Schliessung begründet, weist ebenfalls einen Widerspruch auf. Obwohl darauf hingewiesen wird, dass die Bauarbeiten „Unannehmlichkeiten“ verursachen, zeigt der Bericht selbst, dass die wichtigsten Projekte in der Verwaltungsphase der Genehmigungen und Vergaben stecken geblieben sind. Die Verwaltung rechtfertigte ein angebliches Chaos mit Projekten, die noch nicht umsetzungsreif sind.

Dazu gehört auch die Instandhaltung der Aula Magna Iglú, die sich gerade erst „im Prozess der Angebotsannahme“ befindet. Der Bericht räumt ein, dass der Raum, falls er vergeben werde, erst im März 2026 genutzt werden könne. Die Aula Magna Iglú diene zuvor als Wahllokal für die Rektoratswahlen, und seine Schliessung könnte als Argument dienen, um die Durchführung von Wahlen auf dem Zentralen Campus zu verhindern. Auch die Abdichtung von Fliesen in Gebäuden wie dem M-2 und dem Studierendenwerk befindet sich weiterhin in der Angebotsphase.

Selbst die beiden grössten Projekte des Berichts weisen Verzögerungen auf. Die Bohrung eines mechanischen Brunnens im Bereich der Schule für die Ausbildung von Lehrer*innen in Medialem Lernen (EFPEM), die zur Rechtfertigung von Mobilitäts- und Wasserversorgungsproblemen angeführt wird, befindet sich in der „Genehmigungsphase“, d. h. sie muss noch genehmigt werden, bevor mit den Arbeiten begonnen werden kann.

Das Gleiche gilt für das Projekt zum Bau einer Überführung am Eingang des Campus über die Ringstrasse, das sich laut Bericht „in einer Phase befindet, in der eine archäologische Studie durchgeführt werden muss, die bereits beantragt wurde und vom Institut für Anthropologie und Geschichte (IDAEH) bearbeitet wird“, da es in der betreffenden Zone 12 der Hauptstadt archäologische Stätten gibt.

Byron García, Sekretär der Studierendenvereinigung „Oliverio Castañeda de León“ (AEU), weist darauf hin, dass „die geplanten Eingriffe auf dem Zentralen Campus nicht notwendig sind“ und fügt hinzu, dass selbst wenn diese Infrastrukturarbeiten durchgeführt werden müssten, diese ausgeführt werden könnten, ohne dass der Zugang für Studierende, Dozent*innen und Mitarbeitende vollständig gesperrt werden müsste.

Der virtuelle Raum als Ort der Kontrolle?

Die Gemeinschaft der Universität San Carlos kritisiert seit einigen Monaten die Entscheidung von Walter Mazariegos, den virtuellen Unterricht in den meisten akademischen Einheiten auszuweiten, um im Vorfeld der Rektoratswahlen die vollständige Kontrolle über den Zentralen Campus zu erlangen, sich Machtpositionen im Wahlprozess 2026 zu sichern und so öffentliche Kritik innerhalb der Universität zu vermeiden.

Nadyezhda van Tuylen, Dozentin und Mitglied der Universitätsfront zur Rettung der USAC, warnt davor, dass die Schliessung des Campus in Zone 12 und die virtuelle Durchführung der Ferienkurse die „perfekte Ausrede“ seien, um diese Unterrichtsform bis zum ersten Semester 2026 zu verlängern. Laut Van Tuylen besteht das Ziel darin, den virtuellen Unterricht zu nutzen, „um ungestraft zu handeln und alle bevorstehenden Wahlen auf der zweiten Ebene zu manipulieren“, darunter die Wahlen zum Obersten Wahlgericht, zur Staatsanwaltschaft, zum Verfassungsgericht und zum Rektorat der USAC.

Byron García stimmt Van Tuylen zu und weist darauf hin, dass die Schliessung „wie der Beginn eines Betrugsplans im Hinblick auf die Wahlen im nächsten Jahr erscheint“. Ausserdem erinnert er daran, dass zuvor beantragt worden war, die Ferienkurse virtuell abzuhalten, was die Verwaltung jedoch mit der Begründung, das sei „unmöglich“, abgelehnt hatte. Dass „sie es jetzt genehmigt, liegt daran, dass sie die Studierenden von ihrem eigenen Universitätsgelände fernhalten wollen“.

Für José Emmanuel vom Kollektiv der Universitätsstudierenden (CEU) ist die Virtualität eine Taktik der Demobilisierung „für die nicht-fakultativen Schulen“. Er weist auch darauf hin, dass virtuelle Klassen nichts Neues seien, da sie während der diktatorischen Herrschaft von Walter Mazariegos eine Konstante gewesen seien, um die Studierenden unter Kontrolle zu halten. Er fügt hinzu, dass sowohl die Zentralverwaltung als auch die akademischen Einheiten, um die Virtualität durchzusetzen, „immer vorgeben, etwas zu reparieren oder zu verbessern“. Laut CEU könnte dies eine „mögliche Taktik“ für das nächste Jahr sein, um „angesichts der bevorstehenden Rektoratswahlen (...) die Studierenden zu demobilisieren, damit sich keine Gruppen bilden, die an diesen Wahlen teilnehmen und sich gegen Walter Mazariegos stellen“.

Die Virtualität wirkt sich auch auf die Ausbildung in den akademischen Einheiten aus, in denen die Praxis von grundlegender Bedeutung ist, wie beispielsweise in den Fakultäten für Agronomie, Ingenieurwesen, Chemie und Pharmazie. In der Agronomie beispielsweise werden die Praktika in Chemie-, Boden- und Fruchtbarkeitslaboren virtuell stattfinden [*Wie soll das gehen? - fragt die Red.*] „All dies geht zu Lasten der Ausbildung der Studierenden der Universität San Carlos und wirkt sich mittel- und langfristig auf ihre berufliche Positionierung aus“, erklärte eine Dozentin dieser Fakultät. (Prensa Comunitaria)

Wiederholen SEMILLA und RAÍCES das Drehbuch fragwürdiger Allianzen im Kongress?

Guatemala, 3. Dezember – Die Verabschiedung des Haushalts in Höhe von 163,5 Mrd. Q (= 18 Mrd. €) für 2026 – der höchste in der jüngeren Geschichte des Landes – erinnert manche Beobachter*innen an manche fragwürdige Allianzen und Verfahren in der Kongressvergangenheit. Die Sitzung, die am Nachmittag des 25. November begann, dauerte bis nach Mitternacht, als ein vom Abgeordneten José Carlos Sanabria von SEMILLA eingebrachter Dringlichkeitsantrag die Tagesordnung änderte und den Weg für eine Expressabstimmung ebnete.

Die Szene war nicht neu: Im Jahr 2020 verabschiedete die Regierungskoalition von Alejandro Giammattei in den frühen Morgenstunden den Haushalt für 2021, ebenfalls als nationale Notlage, was massive Proteste auslöste. Das Gleiche war während der Regierung von Jimmy Morales geschehen, als der Haushalt ohne Debatte im Eilverfahren verabschiedet wurde. „Ich verstehe das Misstrauen gegenüber dem Kongress, aber die Verhandlungen waren politisch und ziemlich öffentlich. Wir wiederholen nicht die Praktiken der Vergangenheit“, versicherte Sanabria, obwohl seine Aussage im Widerspruch zu externen politischen Analysen steht.

So warnte beispielsweise das Zentralamerikanische Institut für Steuerstudien (ICEFI), dass der verabschiedete Haushalt „erhebliche und fiskalisch schädliche Änderungen“ enthält, die ohne fachliche Kriterien eingeführt worden seien und sich direkt auf die Transparenz der Ausgaben auswirken würden.

Millionenschwere Fonds für die Departments- und Kommunalverwaltungen

Laut ICEFI war der kritischste Punkt die Entscheidung des Kongresses, den Departementsräten für Entwicklung (Code de) ausserordentliche Mittel von 6 Mrd. Q (661 Mio. €) zuzuweisen und damit deren Mittelobergrenze auf 16,6 Mrd. Q (= 1,83 Mrd. €) anzuheben, was mehr ist als die Budgets des Ministeriums für Gesundheit und Soziales (MSPAS), des Ministeriums für Kommunikation, Infrastruktur und Wohnungswesen (CIV), des Innenministeriums (MINGOB) und des Verteidigungsministeriums (MINDEF) zusammen.

„Nicht einmal 2008, als Manuel Baldizón Vorsitzender des Finanzausschusses war, wagte man es, so etwas zu beschliessen“, sagte Ricardo Barrientos, Chefökonom des Instituts. Ihm zufolge vermischt der Haushalt legitime Institutionen mit Einrichtungen ohne Erfolgsbilanz, von denen einige mit Abgeordneten, Bürgermeister*innen oder Finanziers in Verbindung stehen. Barrientos stellte auch eine politisch motivierte Verteilung fest, da er hohe Zuweisungen in Gemeinden mit regierungsnahen Bürgermeister*innen und minimale Beträge in oppositionellen Gebieten ausmachte. „Die geografische Lage darf kein Instrument zur Manipulation der öffentlichen Politik sein“, betonte er. Gemeinden wie San Benito, Petén, San Marcos, Sololá und Guatemala erhielten nur geringe Beträge, während in jenen Orten des Petén, in denen es verbündete Bürgermeister*innen gebe – die Beträge unverhältnismässig stark anstiegen. Für Barrientos zielt diese Willkür darauf ab, Álvaro Arzú Escobar – der der Hauptstadtgemeinde unter Bürgermeister Ricardo Quiñonez, ebenfalls von der Unionistischen Partei, nahesteht – und Allan Rodríguez von VAMOS zu bestrafen.

Die Abstimmung spiegelte diese politische Architektur wider, in der SEMILLA und ihre Fraktion RAÍCES 23 Stimmen beisteuerten, aber die eigentliche Kraft kam von den traditionellen Fraktionen VAMOS mit 27 Stimmen, CABAL mit 18, UNE mit 16, VALOR mit 9 und VIVA mit 8 Stimmen. Damit kam mehr als die Hälfte der Unterstützung von Strukturen, die historisch mit dem Pakt der Straflosigkeit verbunden sind. „Wir brauchen die Stimmen und arbeiten mit den hier vertretenen Fraktionen zusammen... aber mit Allan Rodríguez führen wir keine Verhandlungen“, so erklärte Sanabria den legislativen Pragmatismus von SEMILLA und RAÍCES. Für Kritiker*innen widerspreche dieser jedoch der Aussage, die sie im Wahlkampf gemacht hatten, nämlich sich vom „Pakt der Korrupten“ zu distanzieren.

Eine Strategie des Pragmatismus

Dieser Pragmatismus überrascht diejenigen nicht, die mit den internen Abläufen des Kongresses vertraut sind, da sich laut dem ehemaligen Präsidenten der Legislative, Roberto Alejos, die Methoden zwar in ihrer Form, aber nicht in ihrem Kern geändert haben. So sei während der Regierung von Jimmy Morales die Bestechung von Abgeordneten offen erfolgt; unter Giammattei sei sie „unter dem Tisch“ in bar erfolgt, und unter Arévalo drehten sich die Verhandlungen um Bauvorhaben und Gelder für Bürgermeister*innen, „aber auf öffentliche Weise“. Daran habe sich nichts geändert. Der Unterschied bestehe darin, dass sie nun über Sonderzuweisungen erfolgen, die von den Abgeordneten verwaltet werden, die also eine Art Vermittlungsinstanz zwischen der Exekutive und den Bürgermeister*innen seien. Den Umgang mit den Mitteln verantwortet jedoch die CODEDE.

Die Zusammensetzung des Kongresspräsidiums folgt ebenfalls bekannten Mustern. Im Jahr 2024 stützte sich SEMILLA auf 69 Stimmen aus 15 Fraktionen, um die Kontrolle zu übernehmen. Im Jahr 2026 ebnete ein erneut von Sanabria eingebrachter Antrag den Weg für die Verabschiedung einer offiziellen Liste von Kandidat*innen, die dann 149 von 160 Stimmen bekam. In der Rede war von Pluralität die Rede, aber der neue Vorstand umfasst Abgeordnete, die mit Fällen wie der Plünderung des Gesundheitsministeriums, den toten Kindern des Waisenhauses Hogar Seguro und Personen in Verbindung stehen, die Akteuren wie Roberto López Villatoro, bekannt als der „König des Tennis“, nahestehen.

Für das ICEFI könnte das Ausmass der im Haushalt verabschiedeten Änderungen Auswirkungen auf den Wahlprozess zur Erneuerung der Ämter im Obersten Wahlgericht (TSE), im Verfassungsgericht (CC) und im Rechnungshof (CGC) sowie auf die allgemeinen Wahlen 2027 haben.

Dagegen sagt Alejos, dass die Verhandlungen diesmal nicht beinhaltet hätten, gemeinsam über Richter*innen des TSE und des CC abzustimmen, geschweige denn über die Entscheidung, wer die CGC leiten solle, da diese Themen in den Nominierungskommissionen behandelt würden. „Im Fall des CC gibt es noch gar keine Kandidat*innen, und auch beim Rechnungshof weiss man noch längst nicht, was die Zukunft bringt“.

Die Mittel für die Bürgermeister*innen

Der ausserordentliche Geldfluss an die Gemeinden stärkt Bürgermeister*innen, die sich um eine Wiederwahl bemühen, und die Parteistrukturen, die sie unterstützen. „Dies erinnert nicht nur an die politischen Praktiken der Vergangenheit, sondern übertrifft diese sogar noch hinsichtlich der Höhe der Beträge“, sagte Barrientos.

Alejos relativierte diese Einschätzung jedoch und wies darauf hin, dass SEMILLA als kleine Partei ohne Bürgermeister*innen und mit nur wenigen Abgeordneten keine Gelder direkt ausbebe, sondern diese unter den Bürgermeister*innen verschiedener Parteien verteilen müsse, was die Wahlkampagnen verteuere und eine Bevorzugung einer einzelnen politischen Organisation verhindere.

Für den Anthropologen und Politologen Rigoberto Quemé Chay sind die unter der Regierung von Arévalo im Kongress beobachteten Praktiken weder neu noch ausschliesslich auf die Gruppe der Abgeordneten beschränkt, die mit der Partei SEMILLA ins Parlament gekommen sind. Die Ursachen der Probleme seien vielmehr strukturell. „Das politische System in Guatemala ist für solche Handlungen geschaffen, es lässt keinen Spielraum für Freiheit, Demokratie oder strukturelle Veränderungen“, betonte Quemé, bevor er zu dem Schluss kam, dass unter diesen institutionellen Rahmenbedingungen Verhandlungen an der Tagesordnung seien und sich zwischen dem Legitimen und dem Fragwürdigen bewegten. „Die Parteien müssen das immer tun, sonst überleben sie nicht. Es ist das Modell, das versagt.“

Insgesamt ergeben die Nachtsitzung für die Dringlichkeitsentscheidung über den Haushalt, die Bündnisse und die willkürliche Verteilung der Ausgaben ein beunruhigendes politisches Bild, in dem der Kongress seine Logik nicht geändert hat, sondern nur die Protagonist*innen. SEMILLA (und RAÍCES), die mit dem Versprechen angetreten war, die Maschinerie des alten Pakts zu demontieren, betreibt diese heute mit einer anderen Rhetorik, wobei sie sich hauptsächlich auf Luis Aguirre von CABAL stützt, aber mit Mechanismen, die den alten sehr ähneln.

Die Spaltung von SEMILLA

Die Abstimmung über den Haushalt 2026 zeigte auch, dass RAÍCES und SEMILLA weiterhin gemeinsam abstimmen, trotz einer Spaltung, die sich seit Anfang des Jahres abzeichnete. Die Gruppe RAÍCES, bestehend aus Abgeordneten, die mit der Bewegung SEMILLA in den Kongress gekommen waren, distanzierte sich nach internen Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten über den politischen Kurs der Partei. Der Bruch wurde sichtbar, als RAÍCES beschloss, als unabhängige Fraktion zu agieren, und dabei mangelnde interne Transparenz, Meinungsverschiedenheiten über die Führung der Partei und die Handhabung der Gesetzgebungsverhandlungen durch die Partei SEMILLA als Gründe anführte. Obwohl beide Gruppen von politischer Erneuerung sprechen, warf RAÍCES der Führung von SEMILLA vor, traditionelle Praktiken zu wiederholen, um die Regierungsfähigkeit zu gewährleisten, aber um die Verabschiedung des Haushalts zu erreichen, stimmten beide für den Entwurf. Währenddessen behaupten verbleibende Abgeordnete von SEMILLA, dass die Trennung auf persönliche Differenzen und unterschiedliche Strategien zurückzuführen seien und nicht auf einen tiefgreifenden ideologischen Bruch. Die Spaltung hätte den Zusammenhalt der Regierungspartei geschwächt und SEMILLA gezwungen, externe Unterstützung – darunter UNE, VAMOS und CABAL – zu suchen, um den Vorstand zu stützen und den Haushalt zu verabschieden. In der Praxis haben RAÍCES und SEMILLA jedoch im Einklang miteinander abgestimmt, was am deutlichsten beim Haushalt zu sehen war.

Für den Politologen Luis Fernando Mack ist der Hauptgrund für den Bruch eine Führungskrise aufgrund der Ambitionen von Samuel Pérez in Bezug auf die Befehlskette von Präsident Arévalo. „Samuel Pérez strebte schon immer nach mehr Kontrolle über die Partei und die Fraktion, was zum Bruch führte. Allerdings bestehen weiterhin strategische Verbindungen, was jedoch nicht bedeutet, dass sie immer gemeinsam abstimmen werden, da zwischen beiden Gruppen erhebliche Differenzen und Forderungen bestehen.“

Rigoberto Quemé Chay hingegen sagt, dass es sich weniger um einen ideologischen Bruch innerhalb der Partei handele, sondern vielmehr um eine Strategie der Kontinuität angesichts der rechtlichen Auflösung der Partei. „Da SEMILLA aufgelöst wurde, mussten sie einen Ausweg finden, und diesen Ausweg haben sie gefunden. Es ist dieselbe SEMILLA in neuer Form“, sagte er. Er warnte jedoch davor, dass dasselbe System, das die ursprüngliche Partei angefochten hatte – darunter Strukturen des „Paktes der Korrupten“ und Teile der Staatsanwaltschaft – wahrscheinlich versuchen werde, RAÍCES daran zu hindern, eine formelle Partei zu werden. Der Anthropologe räumte ein, dass die Spaltung real sei, dass sie jedoch nicht mit der Gründung von RAÍCES entstanden sei, sondern viel früher. „In einer politischen Partei kommen viele Menschen zusammen, die nicht alle ideologisch motiviert sind; es gibt Karrierist*innen, Opportunist*innen und auch gute Menschen“, sagte er. Laut Quemé wurde bereits seit Beginn der Regierungszeit von drei internen Fraktionen um Arévalo gesprochen, die aufgrund politischer und persönlicher Interessen miteinander im Konflikt stünden. Diesen Gruppen sei es gelungen, den Streit zu schlichten, ohne dass „Blut fliesst“. Die Trennung von SEMILLA und RAÍCES spiegele aber reale anhaltende Spannungen innerhalb der Regierungspartei wider. (Prensa Comunitaria)

CIDH weist auf anhaltende „strukturelle Herausforderungen“ im Bereich der Menschenrechte in Guatemala hin

Guatemala, 1. Dezember – Die Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH) legte ihren Bericht „Menschenrechtslage in Guatemala“ vor, der das Ergebnis eines Besuchs vor Ort vom 22. bis 26. Juli 2024 ist. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission warnte, dass Guatemala trotz der internationalen Verpflichtungen des Staates und der in den letzten Jahren angekündigten institutionellen Bemühungen weiterhin mit „strukturellen Herausforderungen“ konfrontiert sei, die die uneingeschränkte Ausübung der Menschenrechte einschränken.

In ihrer jüngsten Analyse betonte die regionale Organisation, dass die festgestellten Probleme keine Einzelfälle seien, sondern Teil anhaltender Muster, die verschiedene Bevölkerungsgruppen betreffen. Dazu gehörten insbesondere die mangelnde Gewährleistung der Unabhängigkeit der Justiz, Hindernisse beim Zugang zur Justiz, die Diskriminierung indigener Völker, die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen und die Gefährdung von Journalist*innen und kritischen sozialen Akteur*innen.

Die CIDH betonte, dass diese Bedingungen ein Umfeld schafften, das die Konsolidierung eines demokratischen Rechtsstaats erschwere und Praktiken aufrechterhalte, die die Meinungsfreiheit, die Bürgerbeteiligung und den Schutz gefährdeter Gruppen beeinträchtigen. Darüber hinaus erinnerte die Organisation daran, dass Guatemala seine Mechanismen zur Prävention, Untersuchung und Ahndung von Menschenrechtsverletzungen verstärken müsse, und forderte den Staat nachdrücklich auf, umfassende Massnahmen zu ergreifen, um diese Probleme an der Wurzel zu bekämpfen.

In dem Text wird auch erneut auf die Notwendigkeit hingewiesen, die öffentlichen Institutionen zu stärken, die Transparenz der staatlichen Funktionen zu gewährleisten und sicherzustellen, dass Gerichtsverfahren ohne politische Einmischung durchgeführt werden. Diese Empfehlungen, so die Kommission, zielten darauf ab, Muster der Straflosigkeit zu durchbrechen und die Geltung der verfassungsmäßigen Garantien sicherzustellen.

Die CIDH bekräftigte ihre Bereitschaft, Guatemala bei der Umsetzung öffentlicher Massnahmen zum Schutz der Grundrechte zu unterstützen, und forderte die Behörden auf, in Abstimmung mit sozialen Organisationen und Gemeinden zu arbeiten, um nachhaltige Fortschritte zu erzielen.

Empfehlungen für die wichtigen Gremienwahlen von 2026

„Die bevorstehenden Verfahren zur Neubesetzung des Verfassungsgerichts, des Obersten Wahlgerichts und der Generalstaatsanwaltschaft bieten eine Gelegenheit, die Legitimität des Justizsystems wiederherzustellen und die demokratischen Institutionen zu stärken“, bemerkt die CIDH im Zusammenhang mit den Wahlen im nächsten Jahr. (publinews.gt)

Zum Tag der Menschenrechte: Ein Zitat von Monseñor Juan José Gerardi (1922-1998)

„Auch wenn wir vergeben und uns versöhnen,
wollen wir nicht vergessen,
dass die Erinnerung an das, was geschehen ist,
immer ein Bezugspunkt für unser gegenwärtiges und zukünftiges Leben sein wird.
Darin finden wir Lehren, um in Zukunft keine Fehler zu machen
und zu verhindern, dass sich so etwas wiederholt.“

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

**<http://fijate.guatemala.de>
www.facebook.com/fijateMagazin**

Redaktion: fijate@mail.de

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle Abonnent*innen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6